

AL 2

Bonn, 13. Februar 1992

Über

Herrn Chef BK

Herrn Bundeskanzler

14. Feb. 92 *14/2* *14.2.92*

Der Leiter
des Kanzlerbüros
18. FEB. 1992
li

Betr.: Ihr Gespräch mit dem litauischen Parlamentspräsidenten
Landsbergis am Donnerstag, 13. Februar 1992

Anliegend lege ich Vermerk über Ihr Gespräch mit dem litauischen
Parlamentspräsidenten Landsbergis am Donnerstag, 13. Februar 1992, mit
der Bitte um Billigung vor.

Ich gehe davon aus, daß der Vermerk nicht weitergeleitet wird; allerdings
schlage ich vor, daß die Frage einer deutschen Beteiligung am Bau einer
Pipeline durch Abteilung 4 - unter Einschaltung der zuständigen Ressorts
- geprüft wird.

Hartmann
(Dr. Hartmann)

Hartmann ^{18/2}

el

3/1 18/2/13
u/1 18/2/13
5/1 18/2/13
6/1 18/2/13
18/2/13
18/2/13
18/2/13

2/1 18/2/13
erste Annäherung
1. 3. 18/2/13
18.2.

V e r m e r k

Betr.: Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem litauischen Parlamentspräsidenten Landsbergis am Donnerstag, 13. Februar 1992

Der Bundeskanzler erklärt, er freue sich, daß es möglich sei, kurzfristig mit Parlamentspräsident Landsbergis zusammentreffen.

Der Bundeskanzler fragt sodann nach der Entwicklung in Litauen.

P. Landsbergis erwidert, die Lage sei einerseits nicht schlecht, andererseits gebe es aber auch genug Sorgen. Nach der Unabhängigkeit könne Litauen jetzt die Reformen energisch vorantreiben. Das gelte insbesondere für die Wirtschaftsreform, die zugleich eine Sozialreform sei. Im einzelnen handele es sich um die Privatisierung, die Liberalisierung der Preise, die seit Anfang 1992 stufenweise in Gang gekommen sei, sowie die Landreform. Bei der Preisstabilisierung bemühe man sich auch um kompensatorische Maßnahmen für die Bevölkerung. Dadurch sei es bis jetzt gelungen, soziale Erschütterungen zu vermeiden.

Gleichzeitig sei in den Beziehungen zu Rußland eine neue Lage eingetreten. Insbesondere habe man das Problem der früheren Besatzungsarmee geerbt. Rußland sei zwar bereit, die Armee zurückzunehmen. Man sei in Verhandlungen übereingekommen, daß mit dem Rückzug im Februar begonnen werde. Er sei aber nicht sicher, daß dies tatsächlich geschehe.

Auf die Frage des Bundeskanzlers, ob es sich um eine förmliche Zusage handele, erläutert P. Landsbergis, die Zusage sei in einem gemeinsamen Kommuniqué enthalten.

Der Bundeskanzler erklärt, bei uns seien die Sowjets bzw. Russen ihren bisherigen Verpflichtungen nachgekommen, wobei er hoffe, daß jetzt kein neues Problem mit der Rückführung über Litauen eintrete.

P. Landsbergis erwidert, Litauen wolle keine Probleme schaffen. Diese entstünden gegen den Willen Litauens. Hierbei gehe es vor allem um den schlechten Zustand der Eisenbahnen.

Auf die entsprechende Frage des Bundeskanzlers, erklärt P. Landsbergis, es stünden noch ca. 40.000 Mann in Litauen, darunter befänden sich nicht zuletzt Fallschirmjäger, die bspw. in Wilna in unmittelbarer Nähe des Parlaments postiert seien. Die Verabredung sei, daß diese Truppen zuerst abgezogen würden.

Ein großes Problem für Litauen sei auch die Frage der Energiesicherheit. Litauen beziehe die Hälfte seines Erdöls aus Rußland, das in einer Raffinerie vor Ort bearbeitet werde. In der Vergangenheit habe es aber wiederholt Lieferstops oder zumindest einen Rückgang der Lieferungen gegeben. In einem Gespräch mit Jelzin sei verabredet worden, daß Rußland die Quoten des vergangenen Jahres weiter einhalte. Leider gebe es aber in Rußland viel Unordnung. An den Bundeskanzler habe er die Bitte, daß er in möglichen Gesprächen mit Jelzin oder anderen russischen Persönlichkeiten Litauen in dieser Frage unterstütze.

Der Bundeskanzler sagt dies zu.

P. Landsbergis weist darauf hin, daß von den Erdöllieferungen auch die Versorgung der anderen baltischen Nachbarn sowie des Gebiets Königsberg abhänge.

Um sich aus der einseitigen Abhängigkeit von russischen Öllieferungen zu lösen, plane Litauen den Bau einer ca. 100 km langen Pipeline von Klaipeda (Memel) aus. Mit einer solchen Pipeline wäre man in der Lage, im Krisenfall Erdöl aus anderen Quellen zu beziehen, mit dem dann auch die anderen baltischen Staaten versorgt werden könnten.

Auf eine entsprechende Frage des Bundeskanzlers erklärt P. Landsbergis, früher sei ein Teil des in Litauen verarbeiteten Erdöls exportiert worden, um Devisenerlöse zu erzielen.

Der Bundeskanzler bittet P. Landsbergis, ihm zur Frage der Pipeline ein Memorandum zu schicken und fügt hinzu, Litauen habe insofern ein starkes Argument, als es die Energieversorgung für alle drei baltischen Staaten stabilisieren könne.

Wie sich die Lage in Ostpreußen entwickle, wisse er nicht, aber in dieser Frage halte er sich sehr zurück.

P. Landsbergis stellt die Frage, ob es nach Auffassung des Bundeskanzlers nicht an der Zeit sei, einen deutsch-litauischen Gesamtvertrag zu erarbeiten.

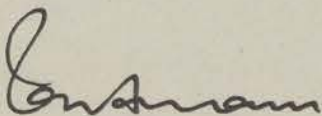
Der Bundeskanzler erwidert, wir hätten hierüber gesprochen. Wenn man dies machen wolle, müsse man aber mit allen drei Staaten solche Verträge schließen.

Er wolle in diesem Zusammenhang folgendes anmerken: Wenn der Eindruck entstanden sein sollte, wir würden hinsichtlich der Behandlung der drei baltischen Staaten Unterschiede machen, so sei dieser Eindruck falsch.

P. Landsbergis erwidert, er habe diesen Eindruck nicht, aber wenn einer mehr Initiative zeige, so solle man dies auch unterstützen.

Der Bundeskanzler weist darauf hin, daß er sich stets mit großem Nachdruck für die Entwicklung der baltischen Staaten eingesetzt habe und dies auch weiterhin tun werde.

P. Landsbergis erklärt abschließend, er wolle noch einmal auf die Frage der Eisenbahn zurückkommen und klarstellen, daß die russische Armee nicht nur aus Litauen, sondern auch aus Deutschland abziehen müsse.



(Dr. Hartmann)